



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0386890

P/XIII/85 - 15. April 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Adenauers Besuch in London... ... und die Begleitmusik der "Times"	41
2	Nationale Egoismen überwiegen Die Euratomgemeinschaft und die USA	44
3 - 4	Die spanische Erde zittert (I) Verboten grosser Erschütterungen	111
5 - 6	Ein "Kenner" ohne Kenntnis CDU zur Änderung des Notaufnahmeverfahrens	66
7	Pankow peinlich berührt Die SME und das Bonn-Moskau-Abkommen	41

* * * * *
* * * * *

Adenauers Besuch in London

sp - Wenn Bundeskanzler Dr. Adenauer nach London kommt, dürfte er sich darüber klar sein, mit einem britischen Regierungschef zusammenzutreffen, der genau so wie er selbst im eigenen Lande eine wachsende Auflehnung gegen seine Politik feststellen muß. In der Bundesrepublik und in England steigert sich die Welle der Auflehnung gegen die Politik mit Atomwaffen von Tag zu Tag. Hier wie dort finden große Kundgebungen statt und niemand weiß besser als Dr. Adenauer und Macmillan, daß sie in Grunde genommen heute nur noch Regierungschefs ohne sichere Mehrheit im Volke sind. Um so mehr wird es sich Dr. Adenauer angelegen sein lassen, auch in London wieder einmal einen großen außenpolitischen Erfolg einzukassieren. Gelegenheit dazu sollte ihm der in Paris zwischen den NATO-Mächten als Auftakt des Adenauer-Besuches in London ausgehandelte Kompromiß über die Zahlung der Stationierungskosten für englische Truppen in der Bundesrepublik geben. Wie dieser Kompromiß aussieht, weiß man noch nicht, aber in der englischen Presse wird bereits erklärt, (Daily Telegraph) daß wesentlich die Bereinigung politischer Konflikte innerhalb der NATO-Partnerschaft sei, denn: "Wir haben ein großes Interesse an der NATO."

Die Engländer waren in letzter Zeit beunruhigt über das Rüstungsdreieck Rom-Bonn-Paris. Nachrichten aus London zufolge soll während des Adenauer-Besuches angestrebt werden, dieses Dreieck in ein Viereck zu verwandeln. Es scheint so zu sein, daß in England eine gewisse Bereitschaft für die Beteiligung an dem Rüstungsdreieck gegeben ist, wenn auch vielleicht nur zu dem Zweck, den Kontinentalmächten besser in die Karten gucken zu können. Sollte jedoch ein solches Viereck zustande kommen, dann wird Dr. Adenauer - ganz gleich unter Zugrundelegung welcher Motive - auch dies als einen großen außenpolitischen Erfolg buchen.

Die sehr gemäßigte Londoner Zeitung "Times" erinnert Dr. Adenauer aber überraschenderweise daran, daß er ein alter Mann ist. Sie stellt nämlich die Frage, ob bei einem Nachfolger Dr. Adenauers mit der gleichen "aufrichtigen Verfolgung gemeinsamer Politik" gerechnet werden könne und fügt mehr als sibyllinisch hinzu, es wäre "realistischer, zuzugeben, daß sowohl der Westen als auch die Sowjetunion neue Karten in ihren Händen halten, die es noch nicht gab, als das gegenwärtige Bild Europas vor fünf oder mehr Jahren gezeichnet wurde."

Wollen die Briten damit andeuten, daß sie von der kommenden Gipfelkonferenz Überraschungen im Sinne einer Politik erwarten, die nicht die traditionelle Politik Adenauers ist? Nach Tisch wird man diese Frage besser beantworten können als jetzt.

Nationale Egoismen überwiegen

sp - An der Frage der Inspektion und Kontrolle scheiterten bisher die Abrüstungsverhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion. Moskau gewährte zwar einige Zugeständnisse, sie waren aber für den Westen nicht weit genug. Die Westmächte bestehen auf einer "umfassenden Kontrolle," um sich vor möglichen unangenehmen Überraschungen zu sichern. Umfassende Kontrolle, die un effektiv zu sein, für alle Beteiligten zu gelten hätte, bedeutet für jeden Souveränitätsverzicht. Dazu können sich die Staaten am schwersten entschliessen, wobei es hier offen bleiben mag, ob dieses Verlangen nach totaler Kontrolle nicht gestellt wird, weil man von seiner Un erfüllbarkeit zumindest für die Gegenwart überzeugt ist.

Aber abgesehen davon: Wer den anderen hundertprozentig kontrollieren will, muss bereit sein, sich selbst einer solchen Kontrolle zu unterwerfen. Andernfalls trägt eine solche Forderung den Stempel der Unaufrichtigkeit. Ein gutes Beispiel ist immer besser als tausendfache Bedrohungen.

Die Mitglieder der kleineuropäischen Sechsergemeinschaft sind leider nicht bereit, mit gutem Beispiel voranzugehen. Es geht um folgendes: Durch Gesetz sind die Vereinigten Staaten verpflichtet, spaltbares Material nur für die Entwicklung der Atomenergie für friedliche Zwecke an fremde Staaten oder Staatengemeinschaften zu liefern. Kein Präsident, und wäre er noch so mächtig, kann dieses Gesetz umgehen. Die Mitglieder der Euratomgemeinschaft - Frankreich, Italien, die Bundesrepublik und die Beneluxstaaten - beabsichtigen die Errichtung von Atomkraftwerken. Das spaltbare Material dazu erhalten sie von den USA. Damit ist aber auch die Verpflichtung zur Inspektion durch amerikanische Kontrollbeamte verbunden, die darauf zu achten haben, dass das von diesen Werken gewonnene Plutonium nicht zur Herstellung von Atombomben verwendet wird. Um diese Verpflichtung, um diese Kontrolle durch eine verbündete Macht drücken sich nun die Euratomländer; sie halten sie für eine unerträgliche Zumutung, sie wollen schön unter sich bleiben! Dem Außenministerium der USA bereitet dieser unerwartete Widerstand viel Kopfzerbrechen. Wenn man schon verbündete Länder nicht zur Annahme von Inspektion und Kontrolle bewegen kann, wie kann man es dann von einer Weltmacht wie der Sowjetunion erwarten?

Wie wäre es, wenn die Bundesregierung als ein sehr wichtiges Mitglied der Euratomgemeinschaft darauf drängen würde, diesen Widerstand aufzugeben? Sie ist doch, falls man ihren Worten glauben darf, sogar willens, auf die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen zu verzichten, falls die Sowjetunion sich einer "umfassenden Rüstungskontrolle" unterwirft. Was geschieht stattdessen? Sie schürt den Widerstand gegen die Inspektion der noch zu errichtenden oder die in Frankreich schon im Bau befindlichen Atomkraftwerke, weil sie den Weg für die Herstellung von Atomwaffen in Eigenproduktion offenhalten will.

Die spanische Erde zittert (I)

Von Max Diamant

Die spanische Entwicklung ist in ein Stadium eingetreten, da sie sehr bald wieder im Mittelpunkt des politischen Interesses der Welt stehen kann. In seiner bewegten Geschichte erweist es sich immer wieder, dass Spanien nur solange europäische Peripherie ist, solange es erschöpft darniederliegt. Kommt es aber nach langen Jahren der tyrannischen Niederhaltung, der Hoffnungslosigkeit und der Lethargie plötzlich zu einem Ausbruch der leidenschaftlichen Kraft des spanischen Volkes, dann wirkt Spanien wie eine lodernde Fackel, dann verwandelt sich das Land zu einem brennenden Zentrum Europas. Diese plötzliche Wandlung Spaniens erlebt dann die Welt mit angehaltenem Atem.

Zwanzig Jahre nach einem verheerenden Bürgerkrieg beginnt sich das spanische Volk wieder zu recken. In dem Masse, in dem die Zersetzung und Unsicherheit des Franco-Regimes wächst und seine Isolierung auch unter den früher tragenden Schichten voranschreitet, schrumpfen die Möglichkeiten, mit den alten Mitteln des Terrors und der Gewalt die steigende Unzufriedenheit niederzuhalten. Restlos geduckt war das spanische Volk nie, auch nicht in der Zeit unmittelbar nach der militärischen Niederringung der Republik. Noch Jahre nach dem Einzug Francos in das uneroberte Madrid erinnerte das Strassenbild der Hauptstadt verblüffend an die Stimmung eines eben okkupierten feindlichen Ortes. Doch das feindliche Schweigen von damals hat in der Haltung des spanischen Volkes seither eine Reihe Wandlungen erfahren, die widerspiegeln, wie sehr die Autorität des Regimes zusammengeschrumpft und wie sehr das Selbstbewusstsein und der Freiheitsdrang in allen Schichten wächst. Nach dem Schweigen kam das Plündern mit Fremden, das Murren zu Bekannten, schliesslich die Unterhaltung mit dem Nebenmensch und seit einiger Zeit die offene und kritische Auseinandersetzung über alle Nöte und Misstände in der Gesellschaft. Nicht auf dem Wege über ein Vereinsrecht etwa, das immer noch ausser Kraft gesetzt ist, sondern allein durch seine Haltung der Verachtung und der Unerschrockenheit hat sich der Mann von der Strasse die Redefreiheit zurückerobert.

Mannigfache Formen des Protestes

Die unzufriedenen und enttäuschten Falangisten mögen die ersten gewesen sein, die zum offenen Protest übergingen. Wird erst einmal die gesellschaftliche Situation allgemein als unerträglich empfunden, dann entwickeln die einzelnen Schichten, ohne Anleitung, die Formen des Protestes, die die grösste Wirkung erzielen. Die Studenten von Madrid und Barcelona diskutierten zuerst in der Universität, bildeten dann Sprechhöre in den Aulas, versandten sodann Aufrufe in Form von Kettenbriefen, suchten anschliessend Widerhall und Unterstützung auf der Strasse und bei anderen Volksschichten, und wagten sich schliesslich vor, allgemeine Losungsschilder auf die Strasse zu tragen. Intellektuelle, die auf sich selbst gestellt sind, versuchen ihren Protest durch eine vorbildliche Haltung zu zeigen. Schriftsteller, wie Redruelo, suchen durch die Wucht des geschriebenen Wortes zu wirken. Junge Offiziere neigen immer dazu, wenn die Gesellschaft in Bewegung gerät, sich als das Gewissen und die letzte Hoffnung des Vaterlandes zu personifizieren und bilden dann beratende Offiziersgruppen und kleine Verschwörerzirkel. Der Besitztende seinerseits erweist seine Zuneigung zur Sache des Volkes, indem er materielle Opfer auf sich nimmt. Die Arbeiter aber, in denen die organi-

atorische Erfahrung weiterlebt, diszipliniert und geformt durch den industriellen Arbeitsprozess selbst, formulieren Lohnforderungen und dann soziale Ansprüche und handeln als Kollektiv.

Vereinzelte Streiks waren in Spanien in den letzten 2 - 3 Jahren immer wieder zu verzeichnen. Das Neue an der jetzigen Lage ist jedoch, dass der Streik nicht mehr auf den einzelnen Betrieb beschränkt bleibt, sondern ganze Industriezweige und ganze Gebiete umfasst. Koch mehr, ohne zentrale Führung nimmt jetzt der Streik zum ersten Mal in den zwanzig Jahren der Franco-Herrschaft die Form eines organisierten Massenstreiks an, der gleichzeitig in vier Gebieten des Landes auftritt, - in Katalonien, in Asturien, in Baskenland und in Valencia. Zum ersten Mal deklarieren Arbeiter anderer Gebiete Solidaritäts-Streiks.

Unsicheres Regime

Weder die spanischen Arbeiter- und Volksmassen, noch die politische Umwelt kann durch die beklommenen Ausreden der Franco-Regierung getäuscht werden, dass es Streiks auch anderwärts gäbe und dass Streiks darum nichts ungewöhnliches seien. Das Ungewöhnliche in einem Land der totalitären Diktatur, da der kleinste Streik grundsätzlich verboten ist und normalerweise wilde Repressalien hervorruft, ist nicht nur das Auftreten und die Ausbreitung eines Massenstreiks, sondern der Verzicht des Regimes, ihm offen entgegenzutreten. Es ist der lähmende Schrecken, der das Franco-Regime heute veranlasst, sich so milde und zurückhaltend zu verhalten. Denn in der atomisierten Gesellschaft der totalitären Diktatur ist der Streik und erst recht, wenn er ganze Gebiete erfasst, die spontane Form, wie sich die Unzufriedenheit zu einer Gegenkraft organisiert. Ganz zum Unterschied von den gewerkschaftlich organisierten und geführten Streiks in demokratischen Ländern, wo es um bestimmte Lohn- oder Sozialforderungen geht, rückt mit einem Streik unter den Bedingungen der totalitären Diktatur sofort die Frage der Gesamtauseinandersetzung mit dem Regime herauf. Massenstreiks unter der Diktatur sind unmittelbare Verbote gesellschaftlicher Erschütterungen. So war es, bei den bisherigen Massenstreiks unter der Diktatur - in jedem Fall verschieden und doch grundsätzlich von ähnlichen explosiven Auswirkungen - sowohl beim Streik am Vorabend des Berliner 17. Juni, am Vorabend von Posen und neuerdings auch am Vorabend des gewaltsamen Sturzes des venezolanischen Militärdiktators Perez Jimenez.

Unternehmer unterstützen Streikende

Dass es sich heute in Spanien im Kampf gegen die sinkenden Löhne in Wirklichkeit um einen Kampf gegen das ausbeuterische Franco-Regime handelt, und darum um einen politischen Massenstreik, hat niemand klarer nachgewiesen, als die Franco-Regierung selbst. Denn gegen die Solidarität des ganzen Volkes mit den Streikenden und ihrem Kampf richtet sich die Drohung Francos an die katalanischen Fabrikanten, auf keinen Fall Streikforderungen zu akzeptieren und höhere Löhne zu bewilligen. Drastischer konnte nicht bestätigt werden, dass die Isolierung Francos sehr weit vorangeschritten ist als durch diese Drohung an die Adresse der Unternehmer, sich nicht als Helfer und Komplizen eines Arbeiterstreiks schuldig zu machen. Aus der gleichen Haltung der Solidarität eines ganzen Volkes gegen seine Bedrücker haben auch 1905 im zaristischen Russland die Unternehmer mehrfach Streiklöhne ausgezahlt. Und in Budapest gar hatten die einzigen dortigen Schichten von Besitzern, die Händler und Bauern, während der zwei Kampfwochen das Volk unentgeltlich mit Lebensmitteln versorgt. Auf ihre Art nehmen so die Besitzenden am gemeinsamen Kampf des Volkes teil, zumindest aber schaffen sie sich eine Aktivlegitimation und eine Sicherung für den kommenden Tag. (Fortsetzung folgt)

Ein "Kenner" ohne Kenntnis

K.J. - Im neuen Bundestag hat die SPD zum zweiten Mal einen Gesetzentwurf zur Änderung des Notaufnahmegesetzes eingebracht, weil die bisherige Praxis der Notaufnahme für Sowjetzonenflüchtlinge immer mehr antiquiert. Das NAG hat längst keine Auswirkungen mehr auf den Flüchtlingsstrom, stellt kein Regulativ dar: die Flüchtlinge kommen so und so, und seit Monaten werden fast alle nach dem NAG aufgenommen. Die SPD ist darum der Meinung, daß ein Registrierungs- und Verteilungsverfahren an die Stelle des Notaufnahmegesetzes treten sollte, zumal ja ohnehin über die Flüchtlingseigenschaft des einzelnen später die Flüchtlingsbehörden der Länder entscheiden.

Obwohl auch bei den Einsichtigen in Koalition und Regierung durchaus die Auffassung besteht, daß hier etwas geändert werden muß, wird nach außen hin immer weiter so getan, als ginge es ohne das NAG einfach nicht. Zwei Gründe mögen in der Hauptsache zu dieser Haltung führen: Erstens will die Regierung ihre zumeist aus CDU-Leuten bestehende Notaufnahmehiokratie nicht opfern, und zweitens kann man wohl aus Prestige Gründen schlecht einem SPD-Antrag zustimmen...

So liegen die Dinge.

Der Pressedienst der CDU hat nun einen "Kenner der Materie" angeboten, um in den sozialdemokratischen Änderungsvorschlag einige Löcher zu schießen: den Ex-Bundestagsabgeordneten Anton Miller, zugleich Vorstandsmitglied der XIII-CDU. In der Tat ist Herr Miller seit Jahr und Tag mit der "Materie" umgegangen - er saß jahrelang im Bundesvorstand des Flüchtlingsverbandes - begriffen aber hat er sie offenbar nie recht. Was er jetzt im DUD schreibt, ist wahrlich von keinerlei Sachkenntnis getrübt.

Der Ungereimtheiten sind viele. So rennt z.B. Herr Miller offene Türen ein, wenn er meint, ein Verteilungsverfahren für die Flüchtlinge müßte unbedingt beibehalten werden. Aber steht das denn nicht auch im SPD-Antrag? "Kenner" Miller ist der Auffassung, daß der "echte" Flüchtling Wert darauf lege, "nicht verdächtigt zu werden, nur um der Teilnahme am sogenannten Wirtschaftswunder in Westdeutschland willen die Heimat verlassen zu haben". Gut und richtig - aber was hat das mit dem Notaufnahmegesetz zu tun? Anerkennung oder Ablehnung der Flüchtlingseigen-

15. April 1958

schaft erfolgt ja doch durch das von der Notaufnahme im Grunde völlig unabhängige C-Ausweis-Verfahren der Länder. Nicht selten kommt es vor, daß ein wegen "besonderer Zwangslage" in Notaufnahmeverfahren Aufgenommener von der Länderbehörde abgelehnt und ein Abgelehnter aufgenommen wird.

Von einer haarsträubenden Kenntnislosigkeit aber zeugen diese Sätze:

"Liegt es aber überhaupt im Interesse der Flüchtlinge, nur nach dem Registrierungsverfahren mit zeitlicher Begrenzung (??) aufgenommen zu werden? Auf jeden Fall wäre keine genügende Begründung für Sonderleistungen mehr gegeben, wie z.B. nach dem Härtefonds/LAG, dem Wohnungsbaugesetz, in Form von Steuerbegünstigungen u.s.d., gegenüber sonstigen Binnenwanderern - und als solche müßten auch die Flüchtlinge nunmehr betrachtet werden."

Zuerst einmal: Für die Aufnahme im vorgeschlagenen Registrierungsverfahren gibt es nirgendwo eine "zeitliche Begrenzung". Aber was viel wichtiger ist: Die Leistungen für anerkannte Flüchtlinge haben ja seit Jahr und Tag ausschließlich ihre Begründung im Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz - das KAG hat damit gar nichts zu tun. Wer als anerkannter Flüchtling Wohnung bekommt, Hausratshilfe, Steuervergünstigung, Bezüge nach dem 13ter-Gesetz usw., der bekommt alles das nicht, weil ihm ein Notaufnahmeausschuß eine "besondere Zwangslage" bescheinigte, sondern weil ihm die zuständige Länderbehörde den C-Ausweis und damit die einzig verbindliche Anerkennung gegeben hat. Sie allein ist es, die nach dem Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz der Schlüssel zu später folgenden Vergünstigungen an den Flüchtling in der Hand hat. Will Herr Miller anstelle des KAG dieses Gesetz umstoßen? Und was soll die grundlose Drohung, der Flüchtling könne bei Akzeptierung des SPD-Vorschlags mit den unbegünstigten Binnenwanderern gleichgestellt werden?

Der CDU-Pressedienst jedenfalls täte gut daran, sich besserer "Kenner" der komplizierten Flüchtlingsgesetzgebung zu bedienen. Ex-Bundestagsabgeordneter Anton Miller scheint jedenfalls keiner zu sein. Sonst müßte man sich nicht mit solch blühenden Unsinn auseinandersetzen.

Pankow peinlich berührt

E.Z. Berlin

Es gibt keinen deutlicheren Beweis für die Schockwirkung, die das Abkommen zwischen Moskau und Bonn in Pankow ausgelöst hat als die Tatsache, daß die Sowjetzonenpresse diesen Vertragsabschluß verschweigen muß. In keiner Zonenzeitung findet sich auch nur in wenigen Zeilen eine Nachricht über das Abkommen, das jetzt nach langen und gewiß nicht leicht-ten Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und Moskau über eine beträchtliche Ausweitung des Handelsverkehrs, Konsularfragen und über die Repatriierung gewisser noch in der UdSSR festgehaltener Gruppen von Deutschen erzielt worden ist. Lediglich das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" brachte - ohne nachrichtlich auf diese wichtige Tatsache einzugehen - einen Kommentar unter der Überschrift "Die Nachricht aus Moskau", in dem der Versuch unternommen wird, darüber hinwegzutäuschen, wie unangenehm die SED-Regierung von diesem Abkommen berührt worden ist.

Aus diesem Kommentar war nicht das Geringste darüber zu ersehen, worüber sich die Bundesregierung und die Regierung der UdSSR geeinigt haben. Es wird lediglich von einem "Abkommen über Handels-, Konsular und andere Fragen" gesprochen - kein Wort von der Vertragsgebung des gegenseitigen Warenaustausches und keine Erwähnung der von Moskau zugestandenen Repatriierung von Deutschen in die Bundesrepublik. Das SED-Zentralorgan stellt den Moskauer Vertragsabschluß als einen ausschließlichen Sieg der Sowjets hin. Bonn, so interpretiert es die deutsch-sowjetischen Verhandlungen, habe mit "seiner Erpresserrolle Schiffbruch erlitten" und die "Neuaufgabe der Hitlerschen "Heim-ins-Reich" - Parolen sei gründlich gescheitert". Diese Diffamierung des nur natürlichen Wunsches der noch in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen nach einer Rückkehr in das demokratische Deutschland ist nur auf dem Hintergrund der Tatsache verständlich, daß die Moskauer Regierung in realpolitischer Erkenntnis der Möglichkeiten einer Normalisierung des Verhältnisses zwischen Moskau und Bonn gegen die Opposition Pankows in eine, wenn auch beschränkte, Repatriierung einwilligt hat.

Ohne Zweifel ist der Pankower Ausserhandelsstellen der Gedanke sehr unangenehm, daß Moskau künftig auf die Sowjetzonenregierung setzt unter Hinweis auf die Handelsvereinbarungen mit Bonn einen Druck ausüben kann, wenn die Zonenregierung ihren Lieferungsverpflichtungen gegenüber der Sowjetunion nicht nachkommen kann. Zwischen Pankow und Moskau hat es schon manche scharfe Auseinandersetzung gegeben, weil Pankow entweder die Liefertermine für seine vereinbarten Exporte nach der UdSSR nicht einhalten kann oder aber wegen der schlechten Qualität der Lieferungen an die UdSSR immer wieder Reklamationen aus Moskau erhält. Nach dem neuen Abkommen zwischen Moskau und Bonn steht die Pankower Regierung unter einem zusätzlichen Druck. Trotzdem darf nicht vergessen werden, daß Moskau gerade in diesen Tagen das Volumen seines Handelsabkommens mit Pankow um 10 % erweitert hat, wohl um damit die Existenz zweier deutscher Teilstaaten neuerlich zu bekräften.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel